

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrist: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 90.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen, sowie des Gemeinderates Großenhain.

Postkontos: Dresden 1330
Kontos Rieser Nr. 52.

Nr. 58.

Donnerstag, 9. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Spalten) 2,50 Mark; getraudender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachdruck, und Anzeigensatz: Rieser. Zehnjährige Anzeigensatz: 25 Mark. — Im Falle ihrer Bewilligung durch die Redaktion der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Vertikales und Sächsisches.

Mieser, den 9. März 1922.

— Stapellauf eines eisernen Kanalschiffes. Auf der Schiffswerft der Firma G. Moritz Förster, hier, wurde Mittwoch vormittag ein eisernes Kanalschiff vom Stapel gelassen. Das dazu verwendete Schiffbauholzmaterial lieferte die Schiffbau-Abteilung des hiesigen Vauhammerwerkes vorbearbeitet an und ist auf der Försterischen Werft aufgestellt und vernietet worden. Auftraggeber ist der Reichsausschuss für den Wiederaufbau der Handelsflotte in Berlin, der seine vollste Anerkennung über die von den beiden heimischen Firmen geleistete Arbeit ausgesprochen hat. Der Stapellauf ging im Beisein von Vertretern genannten Reichsausschusses, der H. V. Vauhammer und der Werft glatt vonstatten. Das Fahrzeug ist für Reparationszwecke bestimmt.

— Das Ortskartell Mieser des Deutschen Beamtenbundes veranstaltete am Montag, den 6. März einen Festabend mit anschließendem Ball im Höpnersaal. Die Darbietungen wurden fast ausschließlich von eigenen Mitgliedern aufgeführt, welche sich in einem 20 Mann starken Orchester unter Leitung des Herrn Obermusikmeister Himmeler und in einem Sängerkorps zusammengefasst hatten. Das Orchester brachte u. a. die Ouvertüre zu „Im Reiche des Indra“ und ein Vokalstück aus der „Hedemans“ exakt zum Vortrag. Besonderen Anklang fand ein Kolorphon-Solo mit Orchesterbegleitung des Kollegen Salmann, welcher sich zu einer Quade verziehen mußte. Der Sängerkorps bot unter Leitung des Herrn Dorf Krause formvollendet die Lieder „Wo möcht ich sein“ von Böllner, „Wenn ich den Wanderer frage“ von Fischer, „Mutterprache“ von Hege und „Die Nacht“ von Uht. Reicher Beifall lohnte Musiker und Sänger und sei ihnen auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Der Hauptpunkt des Programms, ein Vortrag des Bundesvorsitzenden des Vorkommens, Berlin, mußte ausfallen, weil der Redner durch dringende Verhandlungen sowohl innerhalb des Bundes, als auch mit der Regierung verhindert war. An seiner Stelle hielt der Ortsleiter-Vorsitzende einen kurzen Vortrag über „den Gewerkschaftsgedanken und das Ortskartell Mieser“. Er wies zunächst auf den schönen Erfolg des Ortskartells in der Ortskartellteilung hin und dankte den Kollegen, die sich hierfür in unendlicher Mühe und Arbeit eingesetzt hatten, namentlich den Herren König und Gantner, Großenhain. Redner führte dann weiter aus, daß die Gewerkschaften nach der Revolution auf Veranlassung der Regierung gegründet, bzw. aus den vorhandenen Verbänden ausgebaut wurden, da die bisherigen Gewerkschaften nicht als verhandlungsfähig anerkannt wurden. Heute bezeichnen aber dieselben Leute die Gewerkschaften, die nun ihre Gewerkschaftsmacht anwenden, als Verräter am Vaterland. Es sei aber festzuhalten, daß sie die Weisheit, die sie gerufen haben, nun nicht wieder los werden. Die Gewerkschaften müssen marschieren. Nachdem der Redner den Begriff Gewerkschaft erläutert, auf die verschiedenen Zwittergebilde hingewiesen und die vorhandenen Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland aufgeführt hatte, wobei er betonte, daß die parteipolitisch-neutralen Gewerkschaften, also namentlich der DDB, zuerst von allen Seiten am schärfsten bekämpft werden, ging er auf den Gewerkschaftsgedanken selbst ein, der sich 1. in der wirtschaftlichen Interessenvertretung gegenüber dem Arbeitgeber und 2. durch die wirtschaftliche Selbsthilfe der Mitglieder auswirkt. Durch beide Faktoren leistet er Aufbaubarbeit, ist die Aufbaubarbeit und ist in der Volkswirtschaft von höchster Bedeutung. Das Ortskartell Mieser hat sich auf beiden Gebieten lebhaft betätigt und ist in erfreulichem Aufstiege begriffen. Alle diese äußere vielseitige und reichhaltige Aufbaubarbeit ist aber nur möglich durch Erhaltung des Wirtschaftsentwurfes und durch den Zusammenschluß in einer festen Gewerkschaft. In dieser muß der Geist wahrer Kameradschaftlichkeit der Tat walten. Die fünf Grundpfeiler der Gewerkschaft: Einigkeit, Solidarität, Opferwilligkeit, Selbsterkenntnis und Mitarbeit müssen jedem Mitglied zu eigen werden, soll die Gewerkschaft das sein, was sie sein muß, eine Macht. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß das Ortskartell dieses Jahr begonnen habe mit der Lösung: „Im Anfang war die Tat“ und daß diese Lösung die Arbeit des ganzen Jahres bis zum Ende begleiten möge. Er forderte alle Mitglieder, auch die Frauen, Söhne und Töchter auf, zusammenzukommen und diese Tat vollbringen zu helfen, denn nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die Teilnehmer blieben in gemüthlicher Geselligkeit bei Tanz und Sang noch einige Stunden beisammen.

— Buchführungsaufstufung. Gewerbetreibende und Landwirte seien auch an dieser Stelle auf den Dienstag, den 14. März, im Cafe Mühlbusch beginnenden Buchführungsaufstufung durch Herrn Wächterhofe Lehmann-Berlin aufmerksam gemacht. (Näheres siehe im heutigen Anzeigentel.)

— Die Abkühlung, die nach dem warmen Wetter des Montag und Dienstag am Mittwoch früh eintrat, dürfte durch Gewitter verursacht sein, die am Dienstag abend über Berlin und über dem ganzen Gebiet zwischen Elbe und Oder aufgetreten sind. Die Wetterlage läßt weitere Abkühlung bei Fortdauer des Westwinds zwischen beiderem Himmel und Regenwarnungen erwarten.

— Abgabe der Einkommensteuererklärung. Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit: Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung läuft am 16. März 1922 ab. Mit einer allgemeinen Verlängerung der Frist ist nicht zu rechnen. Fristverlängerungsgesuchen wird von den Finanzämtern nur in Ausnahmefällen beim Vorliegen zwingender Gründe stattgegeben werden. Die Verlängerung kann von der Leistung einer der mündlich zu entrichtenden Steuer entsprechenden Vorauszahlung abhängig gemacht werden. Zur Abgabe einer Einkommen-

steuererklärung auf die öffentliche Aufforderung hin sind die Personen verpflichtet, die im Kalenderjahre 1921 oder in dem entsprechenden Wirtschaftsjahre (Geschäftsjahre) ein steuerbares Einkommen von mehr als 24000 M. bezogen haben. Darüber hinaus sind aber alle Personen, die durch Vermittlung der Gemeindebehörden einen Steuererklärungsvordruck erhalten haben, zur Abgabe der Erklärung bis 15. März verpflichtet. Von Gehalts-, Lohn-, Ruhegeld-, Witwen- und Waisengeldempfängern kann in der Steuererklärung ein Bauzuschlag von 1800 M. für Werbungskosten und sonstige Abzüge im Sinne des § 19 des Einkommensteuergesetzes ohne nähere Angaben eingestellt werden. Dieser Betrag wird im Anschluß an die für die Besteuerung des Arbeitslohns maßgebenden Bestimmungen bei der Veranlagung als Bauzuschlag für die gesetzlich zulässigen Abzüge ohne besonderen Nachweis anerkannt werden. Der Brantwortung der einzelnen unter Punkt VI der Steuererklärung gestellten Fragen bedarf es bei dieser Gruppe von Steuerpflichtigen nur dann, wenn Abzüge über 1800 M. geltend gemacht werden.

— Von der Leipziger Messe. Am Abend des vierten Messtages hatte die Gesamtzahl der rein geschäftlichen Besucher, an die Dauerausstellung für beliebige häufigen Besuch auszugeben waren, 135000 überschritten. Es ist dies eine Zahl, die bei früheren Messen erst am Schluß erreicht wurde. Ob es sich diesmal um eine außerordentliche Zusammenkunft der Besucher auf die ersten Tage handelt, läßt sich noch nicht sagen. Das Messegelände war auch am gestrigen Mittwoch noch recht lebhaft. Auch in der Technischen Messe hält der Besuch ungeschwächt an. Das Geschäft in Verkaufsmaschinen ist, soweit überhaupt noch Ordnung gebucht werden, abnehmend lebhaft. Auch bei Wagen und Bräuhmaschinen, bei denen das Geschäft erst später eingesetzt hat, entwickelt es sich zufriedenstellend, ebenso kann man bei allen anderen Abteilungen von einem guten Geschäft sprechen.

— Schülermonatskarten für Lehrlinge. Auf der deutschen Reichsbahn werden künftig, erstmalig vom Monat April 1922 an Schülermonatskarten zur Fahrt zwischen dem Wohnort und dem Ort der Lehrstätte an solche Belegstellen auszugeben, die auf Grund eines schriftlichen, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Lehrvertrages ein Handwerks-, erlernendes und das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben. Auf dem bei den Fahrkarten ausgeben zu kaufenden Antrag auf Ausstellung von Schülermonatskarten muß der Lehrling bescheinigen, wie alt der Lehrling ist, welches Handwerk er erlernt und daß ein schriftlicher, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Lehrvertrag auf eine bestimmte auszubehende Zeit geschlossen ist. Die zuständigen Handwerkskammern muß bescheinigen, daß die Angaben richtig sind und daß ihr der Lehrvertrag vorgelegt hat.

— Eine Erklärung der sächsischen U. S. V. Der Landesvorstand der U. S. V. Sachsens erklärt zu einer Pressemitteilung, daß in währenden Kreisen der beiden sozialistischen Parteien das Bestreben bestehe, einer Koalition mit den Bürgerlichen in Sachen die Wege zu ebnen, ein solches Bestreben bestehe nicht und habe auch niemals bestanden.

— Aus der Tätigkeit der Handelskammer. Die Kammer hat beim Reichspostministerium vom rechtlichen Standpunkt aus Einspruch gegen die zum 1. Januar angeordnete plötzliche Erhöhung der Gebühr für abgefärbte Telegrammanträge von 180 auf 400 M. immerhin der noch laufenden Vertragsdauer erhoben. Die Kammer hielt die derartige einseitige Vertragsänderung für unzulässig. Die Kammer erhielt den Bescheid, die Grundlage für die Erträge bilde die Telegrafengebühren vom 16. Juni 1904. Diese sei durch die mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung vom 22. Dezember 1921 rechtskräftig u. a. dahin abgeändert worden, daß die Gebühr für abgefärbte Anträge vom 1. Januar ds. Js. an 400 M. jährlich betrage. Die Handelskammer hat sich bei diesem Bescheid nicht beruhigt, sondern den Deutschen Industrie- und Handelstag unter Hinweis darauf, daß dadurch die Rechtslage in keiner Weise geklärt worden sei, ersucht, nimmere vor sich aus mit allem Nachdruck gegen das einseitige Vorgehen der Reichspostverwaltung vorzulegen zu werden. Die Handelskammer trat bei der Eisenbahngeneraldirektion Dresden und dem Reichsverkehrsministerium dafür ein, daß Güter, die vor dem 1. Februar 1922 bei den Güterannahmestellen angeliefert, von diesen aber wegen Verköpfung, Sperrung der betreffenden Strecken usw. nicht angenommen worden seien, noch zu den alten Tariffüssen befördert werden möchten. In derselben Weise sollten die Firmen behandelt werden, die vor dem 1. Februar 1922 die Bestellung von Wagen beantragt, diese aber nicht rechtzeitig vor der Tarifserhöhung erhalten hätten. Die Eisenbahngeneraldirektion hat diese Anträge leider rundweg abgelehnt. — Die Kammer ersuchte das Wirtschaftsministerium, im Steueranspruch des Reichstages dahin zu wirken, daß die Provisionsentnahmen der Landesvertreter von der Umsatzsteuer befreit würden. — Bei dem Deutschen Industrie- und Handelstag befristete die Kammer eine Anregung der Handelskammer Wien, die Vollabfertigung bei dem durchgehenden Reiseverkehr nach Oesterreich zu erleichtern. In diesem Zusammenhang trat die Kammer dafür ein, daß auf der Strecke Berlin-Dresden-Leipzig bzw. Bodenbach-Prag-Wien wieder durchgehende Züge gefahren werden. — In dem Gesetzentwurf über die Erhebung von Ausfuhrabgaben fordert die Kammer eine möglichst einfache Handhabung und Durchführung der Erhebung der Ausfuhrabgaben in Anpassung an die bisherigen Erfahrungen der Ausfuhrhandelsstellen und der Ausfuhrfirmen sowie eine einfache und möglichst niedrige Tarifgestaltung. Sie lehnte daher die Einführung einer geltenden Abgabe, die Rücksicht auf die Valuta, die Auslandsmärkte usw. nehmen soll, wegen der damit verbundenen Kalkulations- und Erhebungs-schwierigkeiten ab.

— Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Dresden. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der Mittwoch vormittag von Leipzig in Begleitung des sächsischen Geschäftsträgers in München zum Besuch der sächsischen Regierung in Dresden eingetroffen ist, wurde am Hauptbahnhof vom Ministerpräsidenten Bud und Vertretern der Regierung begrüßt. Nach dem Frühstück im Ratsweinkeller wurde dem Grafen Lerchenfeld und der Ortskrankenpflege ein Besuch abgestattet. Für den Abend war der Besuch des Opernhauses zur Auf-führung der „Böhme“ beabsichtigt.

— Im Hausbauauschuss A des Landtages gab bei Verhandlung des Kapitels 58 — Wohlfahrtspflege, Fürsorgeerziehung — die Regierung die Erklärung ab, daß die Quäntelpläne für die beherrschte Schulbildung bis zum Herbst dieses Jahres geklärt seien. Sie werde erwägen, nach Ablauf dieser Zeit die Fortsetzung der Einrichtung aus Landesmitteln sicherzustellen. Es waren eine Anzahl Anträge eingegangen, für die Säuglings- und Kleinkinderpflege, für Mutter- und Tuberkulosefürsorge, Geschlechtskranken-fürsorge und Erholungsfürsorge höhere Beträge einzulösen. Von anderer Seite wurde beantragt, für Jugendwohlfahrt, für Samariterdienst und für Hilfskräfte im Dienste der Wohlfahrtspflege weitere Beträge aufzunehmen. Um dem Finanzministerium Gelegenheit zu geben, zu den Anträgen Stellung zu nehmen und den Fraktionen Zeit zu lassen, sich ebenfalls damit zu befassen, wurde die Weiterberatung des Kapitels ausgesetzt. — Die Vorlage über ein Staatsdarlehen im Interesse der Hausratbeschaffung wurde ebenfalls nach Aufwertung einer Reihe von Einzelfragen abgelehnt, um der Regierung und den einzelnen Parteien Gelegenheit zu Stellungnahme zu geben. — Bei Kapitel 32 (Gesamtministerium und Staatskanzlei) wurde ein kommunikativer Antrag, die Dienstaufwandsentschädigung an den Ministerpräsidenten zu streichen, abgelehnt und das Kapitel nach der Vorlage verabschiedet.

— Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 26. Februar bis 4. März 1922. Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Berichtswochen allgemein gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen ging wesentlich zurück. Die Vermittlungstätigkeit war lebhaft. Die Landwirtschaft verzeichnet erhöhte Mangel an Arbeitskräften jeglicher Art. Die günstige Witterung ermunterte teilweise auch zum Leszen der Gartenarbeiten. Gärtner und Hilfsarbeiter wurden gesucht. Während der Bedarf im Zwickauer Bergbau gedeckt ist, wurden im Stolberger Revier weiter inländische Arbeiter unter 35 Jahren für Untertagebau verlangt. Es fehlt aber an Wohnungen. Infolge der sämtlichen Witterung beginnen die Bergleute ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Zum Teil mangelt es noch an Kohlen. Dieser Mangel besteht auch noch in anderen Industrien und führt dazu, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Die Metallindustrie war weiterhin unverändert gut beschäftigt. Auch in der Textilindustrie hielt sich der hohe Beschäftigungsgrad aufrecht, ebenso in der Handweb- und Treibholzindustrie und in den Strumpfwirkerien. Der Beschäftigungsgrad in der Leder- und Sattlerfabrikation war in der Berichtswochenzeit lebhafter als in den Vorwochen. Im Sattlergewerbe wurden zahlreiche Facharbeiter gesucht. In der Holzindustrie fehlt es an Tischlern für gute Möbel und an Polierern. Auch an Hüttern mangelt es. Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zeigte im allgemeinen das gleiche Bild der Vorwochen. Bedarf herrscht im jüngeren Fleischer. Die Süßwarenindustrie ist voll beschäftigt. In der Tabakindustrie ist nur teilweise eine kleine Besserung zu verzeichnen. Die Zigarettenindustrie hatte lebhaftere Nachfrage namentlich nach weiblichen Arbeitskräften. Das Schneider-, Weißbrot- und Schuhmacher-gewerbe ist unverändert gut beschäftigt. Das Schuhmacherhandwerk verzeichnet eine geringe Besserung. Im Baugewerbe war die Nachfrage nach Baugewerkern jeder Art außerordentlich lebhaft. Stellenweise machte sich bereits wieder ein Mangel an Maurern fühlbar. Auch das Möbeler-gewerbe besserte sich, desgleichen setzte die Vermittlung im Asphalt- und Steinlegergewerbe wieder ein. Das Glaser-gewerbe liegt vorläufig noch still. Im graphischen Gewerbe fehlt es an Buchdruckmaschinenmeistern und im Handlegewerbe an jüngeren Kräften und an gelben Stenotypistinnen. Für ältere Kaufleute sind die Aus-sichten noch immer wenig günstig. Im Gastwergewerbe setzte die Vermittlung von Saisonkräften nach den Kurorten ein. Gute Gelegenheitsarbeit bot sich in Leipzig anlässlich der Messe sowohl für kaufmännische Angestellte als auch für gelernte und ungelernete Arbeiter.

— Baukostenrücklässe. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Soweit es sich bis jetzt über-sieht, wird die Förderung der Kleinwohnungs-Neubau-tätigkeit in diesem Jahre auf größere Schwierigkeiten stoßen denn je zuvor. Die Herstellungskosten einer Wohnung sind gegenüber dem Vorjahre nahezu auf das Doppelte ge-liegen. Die Mittel aber, die für Sachen nach Verab-reichung des Gesetzes über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues aufgebracht werden können, werden aller Voraussicht nach niedriger sein als die vorjährigen Baukostenrücklässe. Daraus folgt, daß in diesem Jahre jedenfalls nur eine viel geringere Anzahl von Wohnungen wird bezuschusst werden können, als im vorigen Jahre und daß infolgedessen dann, wenn eine allzu große Zersplitterung bei Verwendung der Zuschuss-mittel vermieden werden soll, unbedingt ein großer Teil der Wohnungsnotstandsgegenden bei Verteilung der öffentlichen Mittel von vornherein auszuscheiden muß. Dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — liegt das Ergebnis einer statistischen Erhebung über den Um-fang der Wohnungsnot sämtlicher sächsischen Gemeinden vor. Dieses Ergebnis wird bei Verteilung der Zuschuss-mittel durch die einzelnen Bezirke von grundlegenden Be-deutung sein. Alle diejenigen Gemeinden, Bau- oder Bed-